



Medienmitteilung

Luzern, 14. Oktober 2019

Täter nahm Tod der Polizistin in Kauf!

VSPB – In Winterthur wurde heute eine Polizistin angefahren und schwer verletzt. Eine weitere Polizistin konnte sich durch einen Sprung in Sicherheit bringen und gab anschliessend einen Schuss auf das Fluchtfahrzeug ab. Der Täter, der die Strassensperre mit einem gestohlenen Auto durchbrach, konnte nach einer Verfolgungsjagd von der Strasse gedrängt und angehalten werden. «Der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB ist schockiert und macht sich grosse Sorgen um die verletzte Kollegin», betont VSPB-Präsidentin Johanna Bundi Ryser, die für diese brutale und verwerfliche Tat eine exemplarische Strafe fordert.

«Alle Polizistinnen und Polizisten sind in Gedanken bei den Kolleginnen und Kollegen in Winterthur, da es jeden und jede hätte treffen können», betont Bundi Ryser und erinnert eindringlich und erneut an die Tatsache, dass die Fälle von vorsätzlicher Gewalt gegen Beamte nicht nur kontinuierlich zunehmen, sondern auch immer brutaler werden. «Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten darf auf keinen Fall toleriert werden. Darum ist es auch völlig inakzeptabel, dass die politischen Vertreter den Mut nicht aufbringen, um endlich das Strafmass bei Gewalt gegen Behörden und Beamte zu verschärfen.» Der VSPB hofft, dass sich die verletzte Kollegin ohne bleibende Einschränkungen von diesem brutalen Angriff erholt und der Täter mit aller Härte bestraft wird.

Schon seit 2009 rief der VSPB die Politik dazu auf, endlich etwas bezüglich der steigenden Gewalt gegen Behörden und Beamte zu unternehmen. 2016 haben die beiden Nationalräte Bernhard Guhl (BDP) und Marco Romano (CVP) zwei parlamentarische Initiativen eingereicht, die eine Verschärfung des Strafmasses bei Art. 285 StGB fordern. Die Mitglieder der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates waren sich im Februar 2018 einig und sprachen sich, mit 20 zu 5 Stimmen, für die Verschärfung gemäss den beiden gleichlautenden Vorstössen aus. Seit damals herrscht aber unverständlicherweise Stillstand in diesem Dossier! «Es ist zwingend notwendig, dass sich die Politikerinnen und Politiker ihrer Verantwortung bewusst werden und die Vorstösse auch behandeln. Verletzte oder gar tote Polizistinnen und Polizisten können nicht für Sicherheit sorgen. Als Arbeitgeber erwarten wir vom Staat, dass er seine Sorgfaltspflicht endlich wahrnimmt», betont Johanna Bundi Ryser.

Für weitere Informationen:

- Auf Deutsch: Johanna Bundi Ryser, Präsidentin VSPB, Tel. 079 609 50 90 ([Foto](#) / Rolf Weiss)
 - Auf Französisch und Italienisch: Max Hofmann, Generalsekretär VSPB, Tel. 076 381 44 64 ([Foto](#) / Hans Peter Blunier)
-